

Ist der Haushalt noch zu steuern?

HILCHENBACH Kommunalwahl: Die SZ befragt Ratsfraktionen zu „Hilchenbacher Themen“

*Städtische Finanzen:
Welche Weichen möchte
die Politik stellen?*

js ■ Die Kommunalwahl steht vor der Tür. Wenn sie schon nicht über das Amt des Bürgermeisters zu befinden haben, so sind die Hilchenbacher am 25. Mai aber zumindest aufgerufen, die Zusammensetzung des Rates in der 10. Wahlperiode zu bestimmen. Welche Weichenstellungen sind von welcher Partei oder Gruppierung zu erwarten? Die SZ hat den derzeitigen Fraktionsvorsitzenden Fragen zu einer Reihe von „Hilchenbacher Themen“ gestellt und veröffentlicht die Antworten in den kommenden Tagen in einer kleinen Serie. Der erste Teil befasst sich heute mit den städtischen Finanzen.

SZ: Hilchenbach ist in den Nothaushalt zurückgefallen. Welchen Konsolidierungskurs soll die Stadt in der kommenden Wahlperiode einschlagen, um eines Tages wieder einen ausgeglichenen Etat vorlegen zu können?

Helmut Kaufmann (SPD): Das kommunalfinanzpolitische Kernproblem besteht in der hohen Bedeutung fremdbestimmter, staatlich zugewiesener Aufgaben ohne hinreichende Gegenfinanzierung. So wird den Kommunen in NRW seit langer Zeit ein gerechter Anteil am staatlichen Steueraufkommen verwehrt. Dennoch ist es richtig, dass unsere Stadt aus eigenem Interesse aktiv wird, wie beispielsweise durch einen Beschluss des Haushaltsausschusses, bei etwa 50 Haushaltspositionen pauschal 5 Prozent der Aufwendungen zu streichen. Außerdem halten wir es für angebracht, dass alle städtischen Ausgaben noch einmal eingehend überprüft werden. Erhöht man die Grund- und Gewerbesteuer, besteht die Gefahr, dass man zu einer der vielen Hochsteuerkommunen in NRW wird und Unternehmen in steuerlich günstigere Nachbarregionen flüchten. Daher muss es eine zentrale Zielsetzung der politischen Arbeit in allen Städten und Gemeinden sein, über alle Parteigrenzen hinweg für eine bessere Finanzerstattung der Kommunen zu kämpfen, denn entweder werden die Kommunen nachhaltig entlastet, oder sie erhalten einen deutlich höheren Anteil am Steueraufkommen des Landes. Ansonsten kann die kommunale Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden nicht erfüllt werden, und ein Haushaltsausgleich bleibt in weiter Ferne.

Heinz Jürgen Völkel (UWG): „Die Haushaltskonsolidierung darf noch längst nicht ad acta gelegt werden, sondern muss weiter voran getrieben werden, um auf Dauer politische Gestaltungsspielräume über die reine Erfüllung gesetzlicher und/oder vertraglicher Verpflichtungen und Aufgaben hinausgehend zu erarbeiten“ (Bürgermeister und Kämmerer zum Haushaltsplan 2014). Der Beschlussentwurf der Verwaltung zur Genehmigung des Haushalts 2014 am 12. März wurde auf Antrag der UWG-Fraktion wie folgt ergänzt und einstimmig beschlossen: „Der Rat zeigt im Hinblick auf das bestehende Haushaltsdefizit ausdrücklich seinen positiven Willen, zusätzliche Ertragsmöglichkeiten zu erschließen beziehungsweise die in der Haushaltssatzung genannten Ausgabe-sätze nach Möglichkeit nennenswert zu reduzieren, um damit einen substanziellen Beitrag für einen ausgeglichenen Haushalt zu leisten.“ Die UWG-Fraktion steht geschlossen zu diesem Beschluss und wird aktiv an der Verbesserung der Situation mitarbeiten.

André Jung (CDU): Der überwiegende Anteil der städtischen Ausgaben ist auf Grund bestehender Landes- und Bundes-gesetze nicht direkt beeinflussbar. Umso mehr ist es die Aufgabe des Rates, eine sparsame Ausgabenpolitik in den nächsten Jahren umzusetzen. In der Unterhaltung unserer städtischen Gebäude und



Können Steuererhöhungen Hilchenbach aus dem Nothaushalt ziehen? Die SZ fragte bei den Fraktionen nach, die auch nach der Wahl am 25. Mai wieder in den Rat einziehen möchten.

Foto: Jan Schäfer

Einrichtungen werden wir künftig die Nachhaltigkeit von Maßnahmen auch weiterhin genau prüfen müssen. Ziel ist es, unsere Infrastruktur zu erhalten und sukzessive im vernünftigen und vertretbaren Rahmen zu sanieren.

Christiane Natusch (Grüne): Im Zuge der demografischen Entwicklung gilt es, eine kluge Strategie zum vernünftigen Schrumpfen der Hilchenbacher Infrastruktur zu entwickeln. Ein solcher Prozess muss äußerst vorsichtig vonstatten gehen, da gleichzeitig die Attraktivität der Stadt mindestens erhalten – besser jedoch erhöht – werden sollte, um den jetzigen Bürgern, aber auch potenziellen Neubürgern, attraktive und angemessene Angebote vorhalten zu können. Dabei werden auch Besitzstände angetastet werden müssen. Das Thema Bestattungskultur mag hier als repräsentatives Beispiel gelten: Tatsächlich hat die am Anfang der noch laufenden Wahlperiode eingesetzte Friedhofskommission bereits vor Jahren umfassend das vorhandene Angebot an Bestattungsmöglichkeiten und vorhandenen Räumlichkeiten für Trauerfeierlichkeiten (Friedhofskapellen, Gemeindesäle, Kirchen, private Angebote) erfasst und be-sichtigt. Im Hintergrund dieses Prozesses stand dabei die sich festigende Erkenntnis, dass immer mehr Hilchenbacher eine Bestattung im Ruheforst, Friedwald usw. wünschen – die Zahlen, auch die der Nutzung der bestehenden und teils stark renovierungsbedürftigen Friedhofskapellen, sprechen hier eine mehr als deutliche Sprache. Es ist uns dennoch bislang leider nicht gelungen, einschneidende Veränderungen in diesem Bereich umzusetzen.

Ernst Heinrich Hofmann (FDP): Zunächst ist es einmal wichtig, die Jahresabschlüsse der Vorjahre zu analysieren, die die Stadtverwaltung im Juni vorlegen will. Kein Unternehmer und kein Privatmann würde für die nächsten Jahre planen, ohne einen Überblick über seine Finanzentwicklung der Vorjahre zu haben. Das wäre schlichtweg unseriös! Als nächstes ist es wichtig, die Einnahmeseite zu stabilisieren; d. h. es müssen weitere Anstrengungen zur Gewerbeansiedlung unternommen werden, um im Bereich der Gewerbesteuererinnahmen krisenfester zu werden. Des Weiteren gilt es, hochwertigen Bau-

grund in attraktiven Lagen bereitzustellen, damit die Entscheidungsträger unserer heimischen Wirtschaft nicht nur zum Arbeiten nach Hilchenbach kommen, sondern unsere schöne Stadt auch zu ihrem Wohnsitz machen, wodurch Einnahmen aus der Einkommensteuer generiert werden. Sicher dürfen wir auch die Höhe unserer Steuern und Abgaben nicht ganz aus den Augen verlieren und müssen sorgfältig prüfen, wo Anpassungen notwendig erscheinen. Die Konsolidierung der Stadtfinanzen muss hohe Priorität haben, ein Kaputtsparen unserer guten Infrastruktur wäre aber langfristig kontraproduktiv.

SZ: Die Mehrheit des Rates lehnte erst kürzlich die von der Verwaltung vorgeschlagenen Erhöhungen der Grund- und Gewerbesteuer ab. Wie wird sich Ihre künftige Ratsfraktion beim nächsten Vorstoß verhalten?

Helmut Kaufmann (SPD): In NRW sind mittlerweile viele Kommunen aufgrund aufsichtsrechtlicher Zwänge zu Hochsteuerkommunen mit mittlerer Standortqualität geworden. Wie wir das vor wenigen Tagen durch eine Stellungnahme der IG Metall Siegen erfahren konnten, flüchten Firmen auch aus diesem Grund aus dem Siegerland ins benachbarte Hessen mit wesentlich günstigeren Steuersätzen. Daher sind Steuererhöhungen vom Grundsatz her kontraproduktiv und können die finanziellen Probleme der Kommunen nicht nachhaltig lösen. Außerdem akzeptieren wir in keiner Weise, dass das Innenministerium feststellt, Hilchenbach lebe finanziell im Überfluss und müsse eine Abundanz-Umlage für angeblich arme Städte zahlen, während wir vom Bürger mehr Geld verlangen, um unser Defizit auszugleichen und letztlich die über die Kreisumlage an uns abgetretenen hohen Soziallasten zu bezahlen. Die politisch Verantwortlichen sollten auf jeden Fall verhindern, dass die Grundsteuer B zu einer allgemeinen Volkssteuer umfunktioniert wird. Wenn die völlig unsinnige Abundanz-Umlage abgeschafft würde, wären wir durchaus bereit, moderate Erhöhungen dann mitzutragen, wenn dadurch die gute Infrastruktur in Hilchenbach langfristig erhalten werden kann.

Heinz Jürgen Völkel (UWG): Die Ablehnung der Erhöhung der Hebesätze für

die Gewerbesteuer und Grundsteuer B ist sicherlich überwiegend auf mögliches wahltaktisches Verhalten der betreffenden Fraktionen zurückzuführen. Denn ansonsten ist ein Beschluss, der die Kommune in den Nothaushalt führt und uns damit auch der letzten Möglichkeit beraubt, eigene Entscheidungen zu treffen, nicht zu verstehen. Wir werden auch künftig versuchen, die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes, welches den Ausgleich in den nächsten zehn Jahren ermöglicht, zu erreichen.

André Jung (CDU): Die CDU wird sich auch bei einem erneuten Vorstoß für stabile Kommunalsteuern und Abgaben einsetzen. Es ist absolut nicht nachvollziehbar, dass Hilchenbach in diesem Jahr ca. 1,3 Mill. Euro Kommunal-Soli ans Land gezahlt hat, in den Nothaushalt rutscht und gleichzeitig die Bürger höhere Steuern zahlen sollten. Aktuell liegen die Hebesätze der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer in Höhe der Vorgaben des Landes. Eine Belastung der Bürger darüber hinaus lehnen wir als Union ab.

Christiane Natusch (Grüne): Die Fraktion hat und wird sich weiterhin für die Anhebung der Grundsteuern A und B einsetzen. Wir finden es bedauerlich, wenn andere Fraktionen versuchen, durch die Betonung des Wortes „Steuererhebung“ aus unserer Sicht unnötig Ängste der Bürger zu schüren. Zweifelsohne handelt es sich um eine Erhöhung der Steuern – aber im Bereich der Grundsteuern sprechen wir von einer monatlichen Pro-Kopf-Erhö-hung von nicht einmal einem Euro. Wir sind davon überzeugt, dass die Hilchenbacher bereit sind, sich mit einer solchen Summe für ihre Stadt und deren Infrastruktur zusätzlich einzusetzen.

Ernst Heinrich Hofmann (FDP): Die FDP hat eine moderate Anhebung der Steuersätze in der Vergangenheit nicht abgelehnt, um auch nach außen ein deutliches Zeichen unseres Willens zur Konsolidierung zu geben. Der neue Rat sollte das Thema zu Beginn seiner Wahlperiode wieder aufs Tapet bringen, das war übrigens bereits der Inhalt eines Antrages der FDP zur letzten Ratssitzung, welcher aber mit nicht nachvollziehbaren Argumenten abgewiesen wurde.